

Spanien

Esther Barbé

Die Suche nach einer Lösung der Verfassungsfrage prägte das vergangene Jahr. Auch nach der Ablehnung des Verfassungsvertrags in Frankreich und den Niederlanden sowie nach der Erweiterung der Europäischen Union auf 27 Mitgliedstaaten am 1. Januar 2007 befürwortete Spanien die Verfassung vehement. Bei der Unterstützung der EU-Erweiterung sollte der spanische Beschluss für eine zweijährige Übergangsphase bei der freien Einreise rumänischer¹ und bulgarischer Arbeitnehmer nicht vergessen werden.

In der Innenpolitik ist eine Verschlechterung des politischen Klimas bei guten wirtschaftlichen Aussichten und dem Stillstand der Sozialreformen zu beobachten. Die Innenpolitik war weitgehend durch die Entwicklung des Friedensprozesses mit der Terrororganisation ETA geprägt. Die im März 2006 vereinbarte Waffenruhe wurde durch das Attentat vom 30. Dezember am Flughafen von Madrid mit zwei Toten drastisch unterbrochen. Am 5. Juni 2007 erklärte die ETA offiziell das Ende des mit der spanischen Regierung vereinbarten Friedensprozesses. Das zweite große Thema war das staatliche Territorialmodell. Die Reformagenda der Regierung geriet aufgrund der Verfassungsbeschwerde durch die PP (Partido Popular) gegen das katalonische Unabhängigkeitsabkommen ins Stocken. Themen wie der Friedensprozess und das Territorialmodell wurden in Spanien nur noch als Populismus abgetan. Die schlechte Meinung der Spanier über ihre Regierung steht im Gegensatz zu deren wirtschaftlichen Ergebnissen. Die Wachstumsprognose für 2007 liegt laut Regierung bei 3,8%, die Arbeitslosenquote soll weiter abnehmen und liegt bereits jetzt unter 8% (dem niedrigsten Stand seit 1978).²

Die Sozialagenda der Regierung Rodríguez Zapatero hat sich verlangsamt. Während der ersten beiden Jahre der Legislaturperiode wurden wichtige Gesetze zu den Themen Regulierung der Einwanderung, Gleichheit zwischen Mann und Frau, gleichgeschlechtliche Ehe und Adoptionen im Rahmen einer homosexuellen Partnerschaft verabschiedet. Allerdings hat sich das Tempo der Agenda im dritten Jahr der Legislaturperiode deutlich verlangsamt. Lediglich der Beschluss, dass Familien bei der Geburt eines Kindes 2.500 Euro erhalten, schaffte es in die Schlagzeilen. Spanien bereitet sich auf die Wahlen 2008 vor. Darauf weist auch der Bündniswechsel im spanischen Parlament hin. Die Regierung setzt nicht mehr allein auf die Izquierda Unida (Vereinigte Linke) und die Esquerra Republicana aus Katalonien als bevorzugte Bündnispartner bei der Abstimmung über wichtige Gesetze – sie näherte sich den nationalistischen Parteien der Mitte und den Rechtsparteien, den Katalonen und Basken, an.

Die europäische Agenda Spaniens ist durch die Krise der Union (Verfassungskrise) und durch die Ausweitung der EU-Politik auf verschiedene Bereiche (Energie, Einwanderung, Sicherheit und Verteidigung) gekennzeichnet.

Übersetzt aus dem Spanischen von Lisa Förster.

Die Autorin dankt Laia Mestres für die Unterstützung beim Verfassen dieses Textes.

1 2006 waren offiziellen Quellen zufolge 320.000 Rumänen in Spanien ansässig.

2 Daten des spanischen Wirtschaftsministeriums: „Makroökonomischer Rahmen für 2008“ und „Befragungsdaten der aktiven Bevölkerung, 2. Trimester 2007“.

Spanien, Anhänger der Verfassung

Der Stillstand nach der Ablehnung des Verfassungsvertrags durch Frankreich und den Niederlanden brachte die Anhänger einer Europäischen Verfassung in eine schwierige Lage. Nach langem Nachdenken auf staatlicher Ebene (und somit Stillstand) beschlossen Spanien und Luxemburg zusammen mit den Staaten, die die Verfassung bereits ratifiziert hatten, ein Treffen einzuberufen. Ziel war es, die weitere Lage für die Verfassung auszuloten und zu einem für alle Beteiligten zufriedenstellenden Ergebnis zu gelangen. Man wollte deutlich machen, dass nun die Minderheit in Aktion treten müsste, die noch weit von einem gemeinsamen Nenner entfernt war und nicht umgekehrt.³ So bekräftigten die Anhänger der Verfassung am 26. Januar 2007 in Madrid ihre Bereitschaft, „die Vorschläge der übrigen Mitgliedstaaten konstruktiv anzuhören,“ mit dem Ziel „zu einer Einigung zu kommen, die die Grundlagen und das Gleichgewicht“ des Verfassungsentwurfs achtet.⁴

Dennoch sollte dieses Vorgehen eine Annäherung an diejenigen sein, die die Verfassung abgelehnt bzw. den Prozess zum Stillstand gebracht hatten. Nach den Wahlen in Frankreich versuchte Nicolas Sarkozy eine Lösung im Einvernehmen mit Deutschland und Spanien voranzutreiben. Anlässlich seines ersten Besuchs als neuer französischer Präsident am 31. Mai in Madrid wurde eine gemeinsame Strategie zur Entspannung der Situation vereinbart⁵ und in einem gemeinsamen Dokument festgeschrieben, das dem Europäischen Rat vorgelegt wurde. Der neue Vertrag sollte die Vereinbarungen der Regierungskonferenz von 2004 übernehmen. Die „zwölf Gebote“ des spanisch-französischen Vorschlags betrafen die Präsidentschaft des Europäischen Rats, einen Europäischen Außenminister, die Rechtsform der EU, die qualifizierte Mehrheitsentscheidung und deren Ausweitung, eine Vertiefung der Zusammenarbeit in den Bereichen Freiheit, Sicherheit und Recht, eine gemeinsame Einwanderungspolitik, die verstärkte und strukturierte Zusammenarbeit, die Eurozone, die Zusammenarbeit in der Gesundheits-, Energie- und Sicherheitspolitik, die Solidaritätsklausel sowie die Einbeziehung der Charta der Grundrechte und die Unterstützung der Randgebiete der EU.⁶

Vor dem Europäischen Rat am 21. und 22. Juni ergaben Umfragen des Real Instituto Elcano, dass 58% der Spanier sich hinsichtlich einer Einigung über den Verfassungsvertrag zuversichtlich zeigten (obwohl 25% der Ansicht waren, dass es nicht möglich sein werde, die Krise zu überwinden). Ziel der spanischen Regierung war es, einen Vertrag voranzutreiben, der die Kernelemente des ursprünglichen Verfassungsentwurfs beinhaltet und von allen Mitgliedstaaten akzeptiert werden konnte. Aus diesem Grund unterhielt Ministerpräsident Zapatero diverse Kontakte über konkrete Themen der Agenda: Mit Sarkozy und Prodi zur Unterstützung der Vorschläge der deutschen Präsidentschaft; mit Blair, um den geplanten Außenminister der EU durch einen Hohen Vertreter der EU für Auswärtige Angelegenheiten und Sicherheitspolitik zu ersetzen. Auch mit Polen bemühte sich

3 Torreblanca, José Ignacio: „España toma la iniciativa europea“, in: Análisis del Real Instituto Elcano, Nr. 8, 23. Januar 2007.

4 „Für ein besseres Europa“, informelles Treffen der „Freunde der Verfassung“ auf Ministerebene, Madrid, 26. Januar 2007. Die Abschlusserklärung wurde von den Ländern unterzeichnet, die die Verfassung bereits ratifiziert haben: Luxemburg, Deutschland, Slovenien, Italien, Finnland, Belgien, Österreich, der Slowakei, Zypern, Ungarn, Estland, Malta, Litauen, Lettland, Griechenland, Bulgarien, Rumänien und Spanien, sowie von Irland und Portugal, die sie noch nicht ratifiziert haben.

5 Gemeinsame Presseerklärung von Nicolas Sarkozy und José Luis Rodríguez Zapatero nach ihrem Gespräch in Madrid, Madrid, 31. Mai 2007.

6 Spanisch-Französisches Non-Paper, 17. Juni 2007.

Spanien um eine Lösung in der Frage des Abstimmungssystems. Der Europäische Rat brachte einen neuen Vertragsentwurf auf den Weg, der bis auf Irland und Dänemark keinem Referendum unterliegt. Der spanische Ministerpräsident stellte dies als einen Erfolg für „Spanien und die Interessen Spaniens“ dar: „Jeder einzelne Punkt des Verfassungsvertrages, den wir als unverzichtbar ansehen, ist in dem neuen Vertrag enthalten. Dies bedeutet, dass dieses Europa mit mehr Leistung und Demokratie, für das die Spanier im Referendum abstimmten, bald Wirklichkeit wird, sobald der neue Vertrag in Kraft tritt.“⁷

Realität ist, dass Spanien auf dem Weg zu einem Konsens bei Entscheidungen im Rahmen eines Europäischen Rates mit 27 Mitgliedstaaten neue Taktiken anwenden muss. Schwierige Verhandlungen werden in bilateralen bzw. trilateralen Treffen unter Leitung der großen Staaten der Union gelöst. Ein Beweis hierfür war der Europäische Rat im Juni 2007, auf dem die deutsche Präsidentschaft, das neue Frankreich von Sarkozy und die Regierung Rodríguez Zapatero die Blockade durch die Brüder Kaczynsky und Tony Blair, der die Downing Street 10 de facto bereits verlassen hatte, überwinden konnten. In Brüssel war bereits von einer neuen Liebe zwischen Zapatero und Sarkozy⁸ die Rede, trotz der prognostizierten unterschiedlichen Meinungen in der Einwanderungspolitik.

Energie, Einwanderung und Verteidigung

Trotz der Verfassungskrise konnte die Europäische Union in den letzten Jahren einige Themen aufgreifen, die bis dahin auf nationaler Ebene abgehandelt wurden, und sie in den neuen Reformvertrag einbinden. Drei davon stehen ganz oben auf der nationalen Agenda Spaniens: Energie, Einwanderung und Verteidigung.

Wie die früheren Europäischen Räte konzentrierte sich auch der jüngste auf die Weiterführung der Strategie von Lissabon. Hier gewann das Thema Energie während der letzten Jahre an Bedeutung und wurde 2007 bereits in direktem Zusammenhang mit dem Klimawandel diskutiert. Spanien ist in hohem Maß von importierten Energiequellen abhängig und braucht eine europäische Perspektive: Erdöl und Gas stellen 70% der 2004 in Spanien verbrauchten Energie dar, wovon mehr als 99% aus Ländern wie Russland, Algerien, Nigeria, Libyen, Saudi-Arabien und Mexiko stammen – erneuerbare Energien machen nur 7% aus (obwohl die Regierung 2010 12,1% erreichen möchte).⁹ Zudem ist Spanien aufgrund einer fehlenden Elektroverbundwirtschaft isoliert.

Daher beschlossen die Mitgliedsländer auf Vorschlag Großbritanniens, den Gas- und Elektrizitätsmarkt für alle Verbraucher im Juli 2007 zu öffnen. Im März 2007 erklärten sich die 27 EU-Mitgliedstaaten bereit, ihre CO₂-Emissionen bis 2020 um 20% zu reduzieren. Weiterhin wurde die Erhöhung des Anteils an erneuerbaren Energien auf 20% des Gesamtenergieumsatzes der EU bis 2020 beschlossen. Was den Elektroverbund angeht, besteht kein Einvernehmen zwischen Spanien und Frankreich. Im November 2006 zwang die EU beide Staaten, bei der Europäischen Kommission die Benennung eines Vermittlers zu beantragen, der die Modalitäten einer Hochspannungsleitung durch die Pyrenäen festlegen sollte.

7 „Rede des Ministerpräsidenten vor dem Parlament zur Information des Parlaments über die Ergebnisse des Europäischen Rats am 21. und 22. Juni 2007 in Brüssel“, *Diario de Sesiones del Congreso de los Diputados*, VIII. Legislaturperiode, n° 267, Plenarsitzung Nr. 249, 27. Juni 2007.

8 „Los nuevos estadistas redefinen las alianzas en Europa“, in: *El País*, 25. Juni 2007.

9 Die genannten Daten zu Öl und Gas sind einem Artikel von Sorroza und Torreblanca (2007) entnommen, während die aktuellsten Daten zu den erneuerbaren Energien aus einer Erklärung von Miguel Ángel Moratinos stammen, aus „Los Veintisiete intentan un acuerdo para liderar la lucha contra el cambio climático“, in: *El País*, 9. März 2007.

Schließlich wurde der ehemalige italienische EU-Kommissar Mario Monti mit dieser Aufgabe betraut.

Auf der anderen Seite führten die Übernahmebestrebungen um den spanischen Energiekonzern Endesa zu einer protektionistischen Verteidigungshaltung in einem so strategischen Sektor. Anfang 2006 ergriff die spanische Regierung gesetzliche Maßnahmen (mehr Kompetenzen für die spanische Energiekommission), um die Übernahme durch die deutsche E.ON zu erschweren. Dies führte zu Spannungen zwischen Spanien und Deutschland, so dass sich die Europäische Kommission zum Einschreiten gezwungen sah, da der spanische Beschluss nicht den europäischen Bestimmungen entsprach. Im März 2007 begann auch die italienische Enel Übernahmeverhandlungen mit der Endesa und erreichte schließlich eine Übereinkunft mit Endesa, E.ON und der spanischen Acciona, die von der spanischen Regierung als positiv eingestuft wurde. Der Sitz der Gesellschaft sollte weiterhin in Spanien bleiben.¹⁰ Die Neuordnung des Energiesektors verdeutlicht die Einmischung der Politik in diesem Bereich und belegt, dass die Mitgliedstaaten der EU sich auf einen Konkurrenzkampf in einem deregularisierten Energiemarkt vorbereiten.

Das Thema Einwanderung, das dringend einer Lösung bedurfte, stand an zweiter Stelle der spanischen Agenda. Der massive Zustrom von Migranten, zuerst über die Zäune von Ceuta und Melilla (Sommer 2005), dann von Bootsflüchtlingen aus Mauretanien und dem Senegal (Sommer 2006) auf die Kanaren, belegte die Notwendigkeit einer konkreten Einwanderungspolitik der EU, denn Spanien ist lediglich das Tor zu Europa. Tatsächlich macht eine Umfrage des Centro de Investigaciones Sociológicas (CIS) 2006 deutlich, dass das Thema Einwanderung für die Spanier eines der größten Probleme des Landes darstellt (59,2%), sogar noch vor der Arbeitslosigkeit, bisher das größte Problem in Spanien.

Beim Thema Einwanderung traf die spanische Regierung zwei unterschiedliche Maßnahmen. Zum einen hatte die spanische Regierung seit Oktober 2005 darauf bestanden, das Thema Einwanderung auf den folgenden Europäischen Räten voranzutreiben. In Hampton Court wurde auf Antrag von Rodriguez Zapatero und durch die französisch-spanische Initiative der Vorschlag eines neuen Einwanderungsprogramms der EU mit folgendem Gesamtkonzept untersucht: Kontrolle der Außengrenzen der EU, Unterzeichnung von Rückführungsverträgen zwischen der EU und Drittländern (den Ursprungs- oder Transitländern der Migranten), Verdoppelung des Hilfsfonds von 4,4 Mrd. Euro, der im Rahmen des neuen Konzepts zur Finanzierung europäischer Maßnahmen auf dem Einwanderungssektor eingerichtet worden war. Der Europäische Rat beschloss im März 2006, erstmals den Unterstützungsfonds zu nutzen und stellte 2 Mio. Euro für die Versorgung der 3.500 Migranten auf den Kanaren bereit.

Außerdem veranlasste die spanische Politik zwei wichtige Treffen zur Analyse dieses Themas. Anlässlich der erste Euro-Afrikanischen Konferenz über Migration und Entwicklung (Rabat, 10.-11. Juli 2006) trafen sich Vertreter 27 afrikanischer, 30 europäischer Länder und die Europäische Kommission, d.h. Vertreter der Herkunfts-, Transit-, und Zieländer der Migranten. Ihr folgte die Konferenz über Unregelmäßigkeiten bei der Einwanderung mit acht Mittelmeerstaaten der EU (Madrid, 29. September 2006). Gemeinsam erarbeiteten sie eine Charta, die der Kommission vorgelegt wurde. Darin baten sie um „hohe Flexibilität der EU“ angesichts dieses Problems durch eine bessere Ausstattung von FRONTEX, der Europäischen Agentur für operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen. Diese verwaltet die Rückführungsabkommen zwischen den afrikanischen und den Mittelmeerstaaten sowie die finanziellen Hilfen der EU für Drittländer im Migrations-

10 „La Batalla por Endesa“, in: El Mundo, 3. April 2007.

bereich.¹¹ Trotz der Kritik einiger europäischer Politiker (vor allem des damaligen französischen Innenministers Sarkozy) zur Regulierung der Migration durch Spanien, erhielt Zapatero die Unterstützung einiger Mitgliedstaaten, wie etwa von Angela Merkel auf dem spanisch-deutschen Gipfeltreffen. Auf dem Europäischen Rat im Dezember 2006 fand das spanische Gesamtkonzept zur Migration aus Afrika Zustimmung: Grenzkontrollen, Rückführungsverhandlungen für Migranten ohne Ausweispapiere und Entwicklungshilfe für die Herkunftsländer.

Andererseits ersuchte die spanische Regierung die Mitgliedstaaten und die Institutionen der Gemeinschaft um Unterstützung, um dem Flüchtlingsstrom Herr zu werden. Angesichts des massiven Ansturms von Bootsflüchtlingen auf die Kanarischen Inseln baten die spanischen Behörden die FRONTEX für die gemeinsame Aktion HERA um Unterstützung. Diese Hilfe bestand aus zwei Teilen: Expertenhilfe aus Frankreich, Portugal, Italien, Deutschland, Großbritannien, den Niederlanden und Norwegen bei der Identifizierung von Migranten und der Bestimmung ihrer Ursprungsländer sowie gemeinsame Aktionen auf See, um das Gebiet zwischen der westafrikanischen Küste und den Kanarischen Inseln besser zu kontrollieren. Ziel war es, die Nutzung dieser Migrationsroute unattraktiver zu machen, um auch die Zahl der Personen zu verringern, die bei dieser Überfahrt ihr Leben verlieren. Der gemeinsame Einsatz begann am 11. August und wurde bis 15. Dezember 2006 verlängert. Im Einsatz waren ein portugiesisches und ein italienisches Schiff, ein italienisches und ein finnisches Flugzeug, außerdem spanische Schiffe und Hubschrauber.

Schließlich soll auch die Teilnahme der spanischen Regierung an multinationalen Friedenseinsätzen im Allgemeinen und an der Entwicklung der GASP im Besonderen erwähnt werden. Spanien ist mit über 500 Soldaten im Rahmen des EU-Mandats in Bosnien präsent. Zudem leistet Spanien auch einen bedeutenden Beitrag bei der Gestaltung der europäischen Verteidigungspolitik, etwa durch den Aufbau der EU-Gefechtsverbände und bei der Gründung einer europäischen Polizei in Vincenza. Spanien schloss sich zudem am 1. Juli 2007 dem europäischen Ziel an, die Verteidigungspolitik auf einer wettbewerbsfähigen europäischen Rüstungsindustrie aufzubauen.

Spanische Außenpolitik, nicht nur auf Europa fixiert

Die Ausrichtung der spanischen Außenpolitik auf Europa ist eine unbestreitbare Tatsache. Spanien kam zwar den Verpflichtungen seinen europäischen Nachbarn gegenüber nach, suchte aber gleichzeitig Autonomie bzw. Allianzen im Rahmen einer EU mit 27 Mitgliedstaaten, die auf internationaler politischer Ebene immer schwieriger zu steuern ist. Spanien leistete ebenfalls einen sehr wichtigen Beitrag bei der Entsendung von UN-Truppen, z.B. in den Libanon, wo 1.100 Soldaten im Rahmen der UNIFIL seit Juli 2006 stationiert sind. Der spanische Außenminister Miguel Angel Moratinos, ehemaliger Sonderbeauftragter der EU für den Friedensprozess im Nahen Osten, reiste während des Krieges persönlich in die Region (Beirut und Damaskus). Spanien, Frankreich und Italien sind die drei Mitgliedstaaten, die die meisten Soldaten bereitstellen. Außerdem beteiligt sich Spanien mit 31 Mio. Euro am Gesamtbetrag von 735 Mio. Euro für den Wiederaufbau des Libanon.

11 Die Schlusserklärung wurde unterzeichnet von José Luis Rodríguez Zapatero, Spanien, Jacques Chirac, Frankreich, Tassos Papadopoulos, Zypern, Romano Prodi, Italien, sowie Costas Karamannlis, Griechenland, Lawrence Gonzi, Malta, José Sócrates, Portugal, und Janez Hanz, Slowenien, unter der Leitung des Präsidenten der Europäischen Kommission, José Manuel Durao Barroso. Brüssel, 25. September 2006.

Nach dem Attentat auf spanische Soldaten im Süden des Libanon im Juni 2007, bei dem sechs Todesopfer zu beklagen waren, entbrannte eine heftige Debatte zwischen der Partido Popular und der Regierung um die Entsendung von Truppen ins Ausland. Diese Debatte ist bereits seit der Entscheidung José Maria Aznars, spanische Truppen in den Irak zu entsenden, im Gange. Ministerpräsident Zapatero verteidigte die Entsendung spanischer Truppen in den Libanon mit der „dreifachen Rechtfertigung“ der Militäroperation: gesetzlich (Resolution 1071 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen), politisch (einstimmiger Beschluss zur Entsendung von Truppen am 7. September 2006) und moralisch (Beitrag zur Waffenruhe in einem sehr gefährlichen Gebiet).¹²

Kuba taucht auf der diplomatischen Agenda Spaniens im Laufe der Jahre immer wieder auf. Laut Minister Moratinos ist für Spanien die Beziehung zu Kuba eine Pflicht, für andere Länder eine Option.¹³ Im Laufe des letzten Jahres konnte man erkennen, dass Spanien hier einerseits mit einer gewissen Autonomie handelt, sich aber andererseits an der europäischen Agenda orientiert. Ersteres konnte man am Besuch von Minister Moratinos in Kuba im April 2007 sehen, wo er sich mit Raul Castro, aber nicht mit Vertretern des kubanischen Widerstands traf. Tatsache ist, dass die Position Spaniens seit der EU-Erweiterung 2004 so geschwächt ist, dass es die europäische Politik im Hinblick auf Kuba nicht mehr lenken kann. Deshalb setzt Spanien nun auf eine verstärkte bilaterale Annäherung. Die Ergebnisse des Besuchs auf bilateraler Ebene waren die Aufhebung des Vetos der Regierungszusammenarbeit (2003 unterbrochen), die Einführung eines politischen Beratungsprozesses und Dialogs über die Menschenrechte, die Einberufung eines Treffens zur Förderung der kulturellen Zusammenarbeit, erste Schritte zur Wiedereinsetzung eines offiziellen Kredits für Wirtschaft und Investitionen. Dies führte zur Kritik einiger Mitglieder der EU, vor allem der neuen Mitgliedstaaten aus Mitteleuropa (Tschechische Republik). In dieser Hinsicht konnte Spanien nicht durchsetzen, dass die Neuorientierung der europäischen Position, die für Mitte 2007 geplant war, sich an der Zielsetzung Spaniens ausrichtet. Allerdings beschloss der Rat für Allgemeine und Auswärtige Angelegenheiten im Juni 2007 die Wiederaufnahme eines offenen und allgemeinen politischen Dialogs mit Kuba, vor allem bei Angelegenheiten von gegenseitigem Interesse.

Weiterführende Literatur

- Aldecoa, Francisco/Sotillo, José Ángel: En busca del multilateralismo: La recuperación del vínculo entre la política exterior y la europea, in: Anuario Internacional CIDOB 2006, Barcelona: Fundació CIDOB, 2007, S. 325-338.
- Barbé, Esther/Mestres, Laia: Spain and ESDP, in: Brummer, Klaus (Hrsg.): The South and ESDP. Greece, Italy, Portugal and Spain, Gütersloh 2007, S. 50-62.
- Iranzo, Álvaro: La política mediterránea de España, in: Política Exterior, Vol. XXI, Nr. 116, März/April 2007 S. 137-147.
- Piedrafita, Sonia/Steinberg, Federico/Torreblanca, José Ignacio: La europeización de España (1986-2006), in: Política Exterior, Vol. XXI, 2007, Nr. 118.
- Sorroza, Alicia/ Torreblanca, José Ignacio: Spain, in EU-25/27 Watch Nr. 4, Januar 2007.
- Torreblanca, José Ignacio: España toma la iniciativa europea, in: Análisis del Real Instituto Elcano, Nr. 8, 23. Januar 2007.

12 Rede von Außenminister Alonso Suárez zur Information über das Attentat auf sechs spanische Soldaten im Rahmen der UNIFIL im Libanon am 24. Juni 2007, Verteidigungsausschuss, Sitzung Nr. 35 (außergewöhnliche Sitzung), Diario de Sesiones del Congreso de los Diputados, Nr. 868, 2. Juli 2007.

13 Interview mit Miguel Ángel Moratinos: „España intenta ayudar a que otros países de la UE mejoren su interlocución con Cuba“, in: El País, 5. April 2007.